



Bundesverband Freier  
Immobilien- und Wohnungs-  
unternehmen

Französische Straße 55  
10117 Berlin  
Tel.: 030 32781-110  
Fax: 030 32781-299

Pressekontakt:  
Jens Christian Kage  
Pressesprecher

[Jens.C.Kage@bfw-bund.de](mailto:Jens.C.Kage@bfw-bund.de)  
[www.bfw-bund.de](http://www.bfw-bund.de)  
[www.bfw-newsroom.de](http://www.bfw-newsroom.de)

Twitter: @BFWBund

## **BFW-PRESSEMITTEILUNG**

### **Einstürzende Neubaugenehmigungszahlen – Sofortmaßnahmen dringend nötig**

**Berlin, 17.11.2023. Der BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen fordert von der Bundesregierung Sofortmaßnahmen angesichts der aktuellen Baugenehmigungszahlen des Statistischen Bundesamts. Bei Einfamilienhäusern lag der Rückgang bei - 38,4 Prozent, bei Zweifamilienhäusern um - 51,9 Prozent und Mehrfamilienhäusern um - 27,2 Prozent. „Wir müssen jetzt handeln, bevor der Markt komplett kollabiert. Wir brauchen jetzt als Sofortmaßnahme zinsvergünstigte Darlehen auf zwei Jahre begrenzt für Gebäude nach dem aktuell gültigen Standard. Alle anderen beschlossenen Maßnahmen sind richtig, wirken aber erst, wenn es schon zu spät ist“ erklärte BFW-Präsident Dirk Salewski in Berlin.**

„Ein Blick auf die Zahlen genügt, um zu erkennen: Bei diesen Bedingungen wird der Absturz weitergehen, die Talsohle ist noch lange nicht erreicht. Aber wenn wir jetzt nicht aktiv werden und breiten Schichten ermöglichen zu bauen, dann werden alle guten Maßnahmen zu spät kommen, die wir als Partner im Bündnis für bezahlbaren Wohnraum auch mittragen. Denn sie wirken erst mittelfristig. Dann wird es aber vermutlich keinen Markt mehr geben, den wir stützen oder retten könnten.

Es ist nicht wegzudiskutieren: Die abertausenden fehlenden Wohnungen und die negativen wirtschaftlichen Effekte durch Insolvenzen und Arbeitslosigkeit sind sozialer Sprengstoff. Vom Baggerfahrer bis zum Maler, von den Familien über die Rentner und die Auszubildenden und Studierenden – alle sind hiervon betroffen.

Jetzt heißt es: Runter mit allen vermeidbaren Kosten. Es muss entschieden gehandelt werden, und zwar von allen Beteiligten: Bund, Ländern, Kommunen. Wir brauchen einen echten Bau-Aufbruch“, so der BFW-Präsident.

---

Dem BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen als Interessenvertreter der mittelständischen Immobilienwirtschaft gehören derzeit rund 1.600 Mitgliedsunternehmen an. Als Spitzenverband wird der BFW von Landesparlamenten und Bundestag bei branchenrelevanten Gesetzgebungsverfahren angehört. Die Mitgliedsunternehmen stehen für 50 Prozent des Wohnungs- und 30 Prozent des Gewerbeneubaus. Sie prägen damit entscheidend die derzeitigen und die zukünftigen Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland. Mit einem Wohnungsbestand von 3,1 Millionen Wohnungen verwalten sie einen Anteil von mehr als 14 Prozent des gesamten vermieteten Wohnungsbestandes in der Bundesrepublik. Zudem verwalten die Mitgliedsunternehmen Gewerberäume von ca. 38 Millionen Quadratmetern Nutzfläche.